

## **L-1 Demokratie sichern, Diskriminierung bekämpfen**

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 21.03.2024  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Demokratie stärken

1 Berlin: für viele die Stadt der Freiheit. Weltoffenheit, Vielfalt,  
2 Selbstbestimmung – das  
3 sind Versprechen unserer Stadt, wegen derer viele Menschen gerne herkommen, wegen  
derer  
Menschen gerne hier leben.

4 Es ist unser aller Aufgabe, dieses Versprechen zu schützen und einzulösen. Denn  
5 zu Berliner  
6 Realität gehört auch, dass viele Menschen sich in unserer Stadt nicht sicher  
7 fühlen – weil  
8 sie aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Herkunft oder ihrer Religion, aufgrund  
9 äußerlicher  
10 Merkmale oder einer Behinderung, aufgrund von sexueller Orientierung oder  
11 geschlechtlicher  
12 Identität diskriminiert, beleidigt und körperlich angegriffen werden. Rassismus,  
13 Antisemitismus, Antifeminismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nehmen  
14 zu; immer  
15 mehr rechtsextreme Gewalttaten verunsichern und bedrohen die Menschen in unserer  
16 Stadt. Die  
17 Polizei Berlin registrierte eine Zunahme rechtsextrem politisch motivierter  
18 Delikte um 4,5%  
auf 2981 im Jahr 2022. Das sind im Schnitt mehr als acht dokumentierte  
rechtsextremistische  
Straftaten pro Tag. Die Opferberatungsstelle ReachOut dokumentierte für dasselbe  
Jahr 336  
rechtsextreme, rassistische und antisemitische tätliche Angriffe in Berlin. Es  
ist ganz  
deutlich: die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von der extremen Rechten.  
Und das  
ist insbesondere für betroffene Menschen nicht neu. In unserer Gesellschaft ist  
rassistisches, antisemitisches, antimuslimisches und antifeministisches  
Gedankengut schon  
sehr lange weit verbreitet und für viele Menschen eine reale und große Bedrohung.

19 Multiple Krisen verstärken die Verunsicherung bei vielen Menschen: die Folgen der  
20 Coronazeit  
21 waren noch nicht ausgestanden, als Russland seinen völkerrechtswidrigen  
22 Angriffskrieg auf  
23 die Ukraine startete, dessen Auswirkungen auch in Deutschland und Berlin deutlich  
24 zu spüren  
25 waren. Insbesondere die gestiegenen Lebenshaltungskosten waren und sind für viele  
26 Berliner\*innen eine Herausforderung. Und über all dem schwebt gleichzeitig die  
27 Klimakrise,  
die unser aller Lebensgrundlagen bedroht. Von alldem sind vulnerable Menschen und  
Gruppen  
besonders betroffen. Und dennoch liefern sich manche Parteien einen  
populistischen  
Überbietungswettbewerb und versuchen, die verletzlichsten Gruppen gegeneinander  
auszuspielen, im Glauben, mit einfachen Versprechungen und Parolen Wähler\*innen  
zu gewinnen.

28 Das hilft den Rechtsextremist\*innen, die versuchen, diese krisenbehaftete Zeit zu  
29 nutzen, um  
30 ihre Ideologie weiter zu verbreiten, gegen Minderheiten zu hetzen und die  
31 Demokratie zu  
32 destabilisieren. Doch komplexe Probleme können nicht mit einfachen Antworten  
33 gelöst werden.  
34 Es ist Aufgabe aller demokratischen Parteien, diesem Angriff auf unsere  
35 freiheitlich-  
demokratische Grundordnung etwas entgegenzusetzen. Unsere Demokratie ist wehrhaft  
und kann  
und muss sich gegen Verfassungsfeinde verteidigen. Nicht umsonst haben die Mütter  
und Väter  
des Grundgesetzes die Möglichkeit eines Parteiverbots vorgesehen; zu eindrücklich  
hatten sie  
noch das Ende der Weimarer Republik vor Augen.

36 Wir suchen den Schulterschluss mit der engagierten Stadt- und Zivilgesellschaft,  
37 die in  
38 Initiativen, Vereinen und auf der Straße Haltung zeigt. Die breite Reaktion auf  
39 die  
40 Veröffentlichung der Correctiv-Recherche, die vielen Demonstrationen der letzten  
41 Wochen und  
42 Monate mit Millionen von Menschen haben gezeigt: dieses Land und diese Stadt  
43 wollen nichts  
44 von den Deportationsplänen der AfD und anderer Rechtsextremist\*innen wissen und  
45 zeigt  
46 deutlich: Nie wieder ist jetzt! Viele Vereine, NGOs, zivilgesellschaftliche  
47 Bündnisse und  
48 Migrant\*innenselbstorganisationen leisten hier seit Jahren eine wichtige und

49 hervorragende  
50 Arbeit; sie weiter zu unterstützen ist essenziell und muss im Berliner  
Landeshaushalt eine  
Selbstverständlichkeit sein! Und unsere wehrhafte Demokratie ist nur dann  
wirklich wehrhaft,  
wenn diejenigen, die sie schützen, gut arbeiten können. Statt nur laut Law and  
Order zu  
schreien, muss der schwarz-rote Senat endlich Konzepte entwickeln, wie Prävention  
und  
Bekämpfung von Rechtsextremismus in unserer Stadt besser funktionieren kann! Der  
Schutz der  
Demokratie darf gerade in Zeiten wie diesen nicht finanziell unter die Räder  
geraten. Auch  
wenn Einsparungen im Landeshaushalt nötig werden, darf hier nicht der Rotstift  
angesetzt  
werden.

### 51 **Zivilgesellschaft: wichtiges Standbein der Demokratie**

52 Eine engagierte Zivilgesellschaft ist eine wichtige Partnerin beim Schutz der  
53 Demokratie. Es  
54 ist unsere Aufgabe, sie in ihrer Arbeit zu stärken. Deshalb begrüßen wir, dass  
55 Bundesministerin Lisa Paus ein Demokratiefördergesetz vorgelegt hat. Mit diesem  
56 Gesetz zur  
57 Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung,  
58 Extremismusprävention  
59 und politischen Bildung soll der Bund den gesetzlichen Auftrag zur Förderung von  
60 Demokratie  
61 und zur Extremismusprävention bekommen und sich dem Kampf gegen Rassismus,  
Extremismus und  
Menschenfeindlichkeit verpflichten. Ziel des Demokratiefördergesetzes ist eine  
verlässliche  
und bedarfsorientierte Förderung von Projekten zur Stärkung von Demokratie und  
gesellschaftlicher Vielfalt. Zivilgesellschaftliche Initiativen erhalten damit  
für ihre  
Arbeit mehr Planungssicherheit und eine langfristige Perspektive.

62 Um zivilgesellschaftliche Strukturen und Bündnisse in Berlin nachhaltig zu  
63 stärken, braucht  
64 es auch auf Landesebene ein Demokratiefördergesetz. Die bündnisgrüne Fraktion im  
65 Abgeordnetenhaus hat mit der Vorlage ihres Demokratiestärkungspakets gezeigt, wo  
66 der Fokus  
67 liegen muss: Mit 16 Millionen Euro sollten damit in den Jahren 2024 und 2025  
68 Maßnahmen im  
69 Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus und Queerfeindlichkeit  
70 gebündelt

71 werden; der schwarz-rote Senat setzt im Rahmen des Doppelhaushalts allerdings die  
72 falschen  
73 Prioritäten. Die anhaltende Unsicherheit bei allen Initiativen, ob die im  
74 Haushalt  
ausgewiesenen finanziellen Mittel wirklich gezahlt werden oder doch wegen des  
Sparzwangs  
noch gestrichen werden, ist eine nicht hinnehmbare Situation und gefährdet auch  
zunehmend  
den Kampf für unsere Demokratie. Demokratiefördernde Projekte müssen gerade jetzt  
ausreichend finanziert werden. Der Senat muss endlich Klarheit schaffen, wo er  
sein  
Milliardendefizit einsparen wird, und darf nicht länger die Initiativen dieser  
Stadt am  
ausgestreckten Arm verhungern lassen.

75 Viele Ehrenamtliche fühlen sich deshalb – nicht überraschend – von Schwarz-Rot im  
76 Stich  
77 gelassen. Gerade in einer Zeit, in der die Angriffe auf zivilgesellschaftliche  
78 Projekte  
79 zunehmen, in der Ehrenamtliche ihr Engagement nicht mehr angstfrei ausüben  
80 können, ist das  
81 genau das falsche Signal. Auch Ehrenamtliche in der Kommunalpolitik, zum Beispiel  
82 in den  
83 BVVen, geraten zunehmend unter Druck. Journalist\*innen und Künstler\*innen sind  
84 genauso im  
85 Visier der Rechtsextremen wie demokratische Mandatsträger\*innen. Hier sind alle  
86 demokratischen Parteien gefordert, geschlossen zueinander zu stehen. Und der  
Berliner Senat  
ist in der Pflicht, dass niemand allein gelassen wird, der\*die einem  
rechtsextremen Angriff  
zum Opfer gefallen ist oder von Rechtsextremen unter Druck gesetzt wird. Die  
Anlaufstellen  
für Opfer rechtsextremer Gewalt müssen deshalb dringend abgesichert und besser  
ausgestattet  
werden. Außerdem braucht es eine Stärkung der Aussteigerprogramme für Menschen,  
die dem  
rechtsextremen Milieu den Rücken kehren wollen.

### 87 **Die wehrhafte Demokratie verteidigen**

88 Es ist unsere Verantwortung, alle uns zur Verfügung stehenden Mittel im Kampf  
89 gegen  
90 Verfassungsfeinde zu nutzen; wir fordern die Verfassungsorgane auf, ein AfD-  
91 Verbotsverfahren  
92 auf den Weg zu bringen. Der Berliner Senat sollte dies im Bundesrat anstoßen.  
93 Dies ist und

94 bleibt ein entscheidendes Puzzlestück, um unsere Demokratie zu retten. Uns ist  
95 jedoch auch  
96 bewusst, dass sich rechtsextremes Gedankengut nicht auf Knopfdruck verbieten  
97 lässt. Es  
98 braucht ein Bündel von Maßnahmen, die kurz-, mittel- und langfristig wirken  
99 müssen. Neben  
100 einer resilienten Zivilgesellschaft und guter Bildung und Prävention braucht es  
101 deshalb auch  
102 deutliche Schritte in der Justiz, der Polizei und beim Verfassungsschutz.  
Rechtsextremismus  
im öffentlichen Dienst muss konsequent geahndet werden und in allen Verwaltungen  
muss die  
Entfernung rechtsextremer Beamt\*innen aus dem Staatsdienst konsequent verfolgt  
werden. Wir  
wollen prüfen, ob eine Verschärfung des Disziplinarrechts nach dem Vorbild des  
„Gesetzes zur  
Beschleunigung von Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung“ auch für das  
Land Berlin  
geboten ist, sowie die Fristen verlängern für das Disziplinarmaßnahmenverbot und  
Verwertungsgebot bei Verstößen gegen die beamtenrechtliche  
Verfassungstreuepflicht und gegen  
das politische Mäßigungsgebot.

### 103 **Keine Demokratiefeind\*innen in der Berliner Justiz!**

104 Das Beispiel der rechtsextremen AfD-Politikerin Malsack-Winkemann, die als  
105 ehemalige  
106 Bundestagsabgeordnete einen gewalttätigen Umsturz plante, ist wohl das  
107 bekannteste Beispiel  
108 für Rechtsextreme im Richter\*innenamt. Dass Menschen mit klar rechtsextremer  
Grundhaltung in  
Berlin Recht sprechen dürfen, wäre nicht hinnehmbar und insbesondere für  
Menschen, die nicht  
ins Weltbild der AfD passen, eine echte Bedrohung.

109 Zu einer starken, unabhängigen Justiz gehört, dass Richter\*innen sich zur  
110 freiheitlich  
111 demokratischen Grundordnung bekennen. Die Neutralität und Unvoreingenommenheit  
112 von  
113 Richter\*innen ist ein zentrales Prinzip unseres Rechtsstaats. In Berlin setzen  
114 wir uns dafür  
115 ein das Instrument der Richteranklage einzuführen, das es in anderen  
116 Bundesländern schon  
117 gibt. Dieses Instrument eröffnet dem Parlament die Möglichkeit, mit einem Antrag  
an das  
Bundesverfassungsgericht die Integrität eines Richters oder einer Richterin

überprüfen zu  
lassen, wenn offensichtlich wird, dass er oder sie den Boden des Grundgesetzes  
verlassen hat  
und sich offen demokratiefeindlich verhält. Verfassungsfeind\*innen haben an  
Berliner  
Gerichten nichts zu suchen!

118 Rechtsextreme haben in ihren Netzwerken offensiv aufgerufen, sich für das  
119 Schöffenamts zu  
120 bewerben und so das Justizsystem zu unterwandern. Auch hier braucht es klare  
Regelungen, um  
zu verhindern, dass Demokratiefeind\*innen Recht sprechen.

121 **Eine demokratisch aufgestellte Polizei schützt den Rechtsstaat - auch in den  
eigenen Reihen**

122 Die Sicherheitsbehörden sind ein unverzichtbarer Teil der Sicherheitsarchitektur.  
123 Wenn die  
124 Demokratie systematisch durch Bedrohung und Gewalt unter Druck gesetzt wird, sind  
125 wir auf  
126 handlungsfähige Behörden angewiesen, die die Gesellschaft, den Rechtsstaat und  
127 seine  
128 Institutionen schützen. Dabei stellen die politisch motivierte Gewalt im Bereich  
129 Rechtsextremismus, die zunehmende Hasskriminalität, der erhöhte Sicherheitsbedarf  
130 von  
131 Politiker\*innen und weiteren öffentlichen Personen auch für sie eine große  
132 Herausforderung  
133 dar. Als am 29. August 2020 Reichsbürger\*innen und andere Rechtsextreme zusammen  
134 mit einer  
135 Mischung aus Querdenker\*innen und Coronaleugner\*innen den Reichstag stürmen  
136 wollten, standen  
137 ihnen im letzten Moment nur noch drei Polizisten gegenüber, die die Herzkammer  
138 der  
Demokratie verteidigten. Wenn Spitzenpolitiker\*innen bedroht werden, so sind es  
die  
Personenschützer\*innen von LKA und BKA, die dafür sorgen, dass die Betroffenen  
dennoch  
öffentliche Auftritte wahrnehmen können. Jeden Tag schützen Polizist\*innen so –  
und auf  
vielfältige andere Art und Weise – unsere Demokratie. Für uns ist klar:  
Polizist\*innen sind  
kein Einsatzmittel, sondern in erster Linie Menschen, die sich der Verteidigung  
der  
Demokratie verpflichtet haben - und oft genug setzen sie dabei ihr eigenes Leben  
aufs Spiel.  
Wir stärken all jenen den Rücken, die innerhalb und außerhalb der Behörde für

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eintreten.

139 Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen, gute Ausstattung, den Abbau des  
140 Sanierungsstaus  
141 sowie eine moderne, diverse und diskriminierungskritische Polizei ein. Wir  
142 schützen die  
Sicherheitsbehörden vor politischer Vereinnahmung und den  
Unterwanderungsversuchen  
rechtsextremer Kräfte.

143 Der Schutz der Demokratie ist eine der wichtigsten Aufgaben, die es im  
144 Staatsdienst zu  
145 erfüllen gilt. Wir müssen diesen Beruf so attraktiv gestalten, dass sich  
146 hochqualifizierte  
147 Menschen weiterhin dafür entscheiden. Dazu gehören selbstverständlich gute  
148 Arbeitsbedingungen und ein attraktives Arbeitsumfeld. Die Instandsetzung von  
149 Polizeiwachen  
150 ist deshalb kein nice to have, sondern elementar für die gute Arbeit der Polizei.  
151 Die vielen  
152 Überstunden, die die Polizei jedes Jahr ansammelt, dürfen nicht zum Normalzustand  
153 werden.  
Eine angemessene Work-Life-Balance und Familienfreundlichkeit machen den Beruf  
deutlich  
attraktiver und entsprechen dem Anspruch der heutigen Arbeitswelt. Wir erwarten  
vom Senat  
überdies, dass auch die seelische Gesundheit unserer Einsatzkräfte im Fokus  
steht. Wir  
setzen uns für die Einrichtung struktureller psychotherapeutischer Maßnahmen für  
Polizist\*innen nach traumatisierenden Einsätzen ein.

154 Die Berliner Polizeiausbildung hat in den letzten Jahren deutlich an Qualität  
155 gewonnen.  
156 Gerade in einer diversen Stadtgesellschaft wie der unseren, bleibt es zentral,  
157 dass sie  
158 diskriminierungskritisch und diversitätssensibel ausgestaltet ist. Neben einem  
159 gesetzlichen  
160 Verbot von Racial Profiling fordern wir die Einführung niedrighschwelliger und  
unbürokratischer Nachweis- und Aufklärungspflichten (Kontrollquittung), so dass  
jede\*r weiß,  
warum sie\*er kontrolliert worden ist und die Implementierung von Community-  
Policing-  
Konzepten.

161 Für Spezialisierungen im Bereich des Staatsschutzes braucht es zudem einen  
162 organisierten

163 Wissenstransfer. Das gilt auch bei der Auswahl und Besetzung von Leitungsstellen  
164 im  
165 polizeilichen Staatsschutz. Darüber hinaus muss er für den Phänomenbereich  
Rechtsextremismus  
sowie im Bereich der Hasskriminalität gestärkt werden. Zur besseren  
Analysefähigkeit sollen  
verstärkt Open Source Intelligence-Expert\*innen zum Einsatz kommen.

166 Die Polizei als Behörde hat einen so hohen Stellenwert, da sie als ausführender  
167 Arm des  
168 Gewaltmonopols des Staates besondere Verantwortung trägt. Dies ist ein hohes  
169 Privileg und  
170 bringt große Macht mit sich. Dass in einem Rechtsstaat eine solche Übertragung  
171 immer mit  
172 einer intensiven Kontrolle einhergehen muss, ist für uns selbstverständlich.  
173 Daher ist es  
174 entscheidend, dass wir nicht die Augen davor verschließen, dass auch innerhalb  
175 der Berliner  
176 Polizei Rechtsextremismus auftritt. Dies anzuerkennen ermöglicht es, verloren  
177 gegangenes  
178 Vertrauen wiederherzustellen. Dafür braucht es auch strukturelle Änderungen.  
179 Daher ist es  
180 gut, dass es neben internen Beschwerdestrukturen mit dem Polizei- und  
181 Bürgerbeauftragten nun  
auch eine unabhängige Stelle gibt, die kontaktiert werden kann, wenn  
Fehlverhalten zutage  
tritt. Denn gerade im Falle der Polizei als ausführendem Arm des staatlichen  
Gewaltmonopols  
braucht es eine besondere Sensibilität für die Verantwortung und Vorbildwirkung  
in der  
Gesellschaft. Fehlverhalten muss aufgeklärt und nachgegangen werden und  
Extremismus  
entschieden entgegengetreten werden. Die Berliner Polizeistudie zeigt dabei  
strukturelle  
Maßnahmen auf, die dazu beitragen, einen demokratiestärkenden Kulturwandel  
voranzutreiben  
als auch den Anspruch eine modernen Hauptstadtpolizei in einer vielfältigen  
Weltmetropole zu  
festigen.

182 Dass die Verfolgung und Aufklärung von über 380 rechtsextremer Straftaten beim  
183 Berliner LKA  
184 jahrelang unbearbeitet blieben, darf sich nicht wiederholen. Die Polizei hat hier  
185 eine  
186 besondere Verantwortung, diese Verschleppung detailliert aufzuklären und mögliche  
187 Zusammenhänge mit dem sogenannten Neukölln-Komplex zu untersuchen. Sie muss



außerdem  
Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ein solches mutmaßlich  
strukturelles Versagen  
sich nicht wiederholt.

188 **Die Verfassung schützen – Gefahren für die Demokratie erkennen**

189 Die Rolle des Verfassungsschutzes wird zurecht kritisch betrachtet. Es ist kein  
190 Geheimnis,  
191 dass er nicht nur im Rahmen des NSU-Komplexes versagt hat. Die Fehler rund um den  
192 Anschlag  
193 am Breitscheidplatz, die rechtsextreme Anschlagsserie in Neukölln oder der Umgang  
194 mit  
195 Feindeslisten oder illegalen Datenweitergaben – all das belegt, dass der  
196 Verfassungsschutz  
197 in seiner jetzigen Form zu oft nicht funktioniert, die Aufgabe der Früherkennung  
198 in Teilen  
199 sogar behindert hat. Tatsächlich mehren sich die Vorfälle, bei denen die Nicht-  
200 Weitergabe  
201 von strafrechtlich relevanten Informationen durch den Verfassungsschutz und somit  
der Schutz  
von Tätern dazu geführt hat, dass noch schlimmere Straftaten stattfanden. Ob eine  
so  
grundlegende Reform möglich ist, um eine Behörde zu schaffen, die über jeden  
Zweifel erhaben  
ist, ist sehr fraglich. Deshalb fordern wir, eine Alternative für den  
Verfassungsschutz zu  
schaffen. Dem soll eine wissenschaftliche Untersuchung der Arbeitsweise des  
Verfassungsschutzes vorausgehen, um Aufgaben, Prioritäten und Ressourcen der  
aktuellen  
Herausforderungen neu justieren zu können.

202 Gleichwohl befinden wir uns derzeit in der herausfordernden Situation, dass die  
203 AfD den  
204 Verfassungsschutz delegitimiert, weil er die Institution sein könnte, die  
205 entscheidende  
206 Belege für ihre Verfassungsfeindlichkeit liefern könnte. Der Berliner Senat steht  
207 in der  
208 Pflicht, die beim Verfassungsschutz vorliegenden Informationen in die Prüfung  
eines  
Parteiverbotsverfahren einfließen zu lassen. Dazu gehört auch sicherzustellen,  
dass keine  
Hinderungsgründe durch V-Leute, wie es beim ersten NPD-Verbotsverfahren der Fall  
war,  
bestehen.

209 **Rechtsextreme und kriminelle Strukturen aufdecken und austrocknen**

210 Durch den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur rechtsextremen  
211 Anschlagsserie in  
212 Neukölln zeigt sich: Es sind keine Einzelfälle. Rechtsextreme Netzwerke müssen  
213 bei  
Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften als solche erkannt, analysiert und  
als  
tatsächliche Gefahr anerkannt werden.

214 Um kurz- und mittelfristig Rechtsextremen die Möglichkeit zu nehmen, ihre  
215 menschenverachtende Ideologie auch noch staatlich finanziert weiter zu  
216 verbreiten, müssen  
217 wir alle Mittel nutzen, um ihre Strukturen aufzulösen. So sind parallel zur  
218 Prüfung des AfD-  
219 Verbots Vereinsverbote beispielsweise gegen die Junge Alternative zu prüfen und  
verfassungsfeindlich agierende Stiftungen und Vereine müssen von der öffentlichen  
Finanzierung ausgeschlossen werden.

220 Bei der Finanzierung demokratiefeindlicher Bestrebungen sind Geldflüsse aus  
221 illegalen und  
222 kriminellen Quellen stärker in den Blick zu nehmen. Gleiches gilt für  
223 ausländische Einflüsse  
224 wie etwa Geldflüsse aus Russland, die überprüft und ausgetrocknet werden müssen;  
Gewerbe,  
die mit Rechtsextremen und anderen Verfassungsfeinden in Zusammenhang stehen,  
müssen stärker  
überprüft werden, auch um Geldwäsche zu verhindern.

225 Entscheidend ist auch die konsequente Entwaffnung von Demokratiefeind\*innen. Es  
226 muss das  
227 Ziel sein, dass weder legale noch illegale Waffen in die Hände von  
228 Rechtsextremist\*innen  
229 gelangen. Wir fordern dazu eine bundesrechtliche Verschärfung des Waffenrechts.  
Außerdem  
muss der Senat die notwendigen Kapazitäten in der Berliner Waffenbehörde zur  
Durchführung  
von Waffenkontrollen, Zuverlässigkeitsüberprüfungen und Erlaubniswiderrufe  
schaffen.

230 **Abgeordnetenhaus und Verfassungsgericht resilienter machen**

231 Berlin ist eine weltoffene Stadt; die Möglichkeit, dass Verfassungsfeinde die  
232 stärkste  
233 Fraktion stellen, scheint hier und heute undenkbar. Dennoch muss das Parlament

234 auch bei  
235 einem Erstarken rechtsextremer Kräfte handlungsfähig bleiben und die Wahl einer\*s  
236 demokratischen Parlamentspräsidenten\*in sicherstellen. Anders als das Grundgesetz  
237 sieht die  
238 Landesverfassung bisher vor, dass die stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für  
239 die\*den  
Präsidenten\*in hat. Eine Änderung sollte dagegen das freie Mandat der  
Abgeordneten in den  
Vordergrund stellen. Auch die Leitung der konstituierenden Sitzung des Parlaments  
sollte  
nicht länger dem ältesten (so bisher die Geschäftsordnung des  
Abgeordnetenhauses), sondern  
wie im Bundestag dem Mitglied des Parlaments zufallen, das diesem am längsten  
angehört.

240 In anderen Staaten können wir beobachten, wie Gerichte von rechtspopulistischen  
241 und  
242 rechtsextremen Kräften ausgehöhlt werden. Um die Unabhängigkeit des  
243 Verfassungsgerichtshofs  
244 zu sichern, sollten zentrale Regelungen in der Landesverfassung verankert werden:  
245 In Berlin  
246 ist die Amtszeit der Richter\*innen, die Bindungskraft ihrer Entscheidungen und  
247 die  
248 Organisationshoheit des Gerichts bisher nur einfachgesetzlich geregelt. Auch die  
Aufgaben  
des Verfassungsgerichts sind bisher nur unvollständig in der Landesverfassung  
geregelt – so  
fehlt zum Beispiel die Wahlprüfung. Hier streben wir Verbesserungen an, um den  
Berliner  
Verfassungsgerichtshof gegen antidemokratische Kräfte abzusichern - dazu werden  
wir mit den  
demokratischen Parteien und Fraktionen ins Gespräch gehen.

### 249 **Straftaten auch im Netz konsequent verfolgen und Cybersecurity ernst nehmen**

250 Online-Hetze und -Mobbing, digitales Stalking, Doxing, Einschüchterung und das  
251 Hacken von  
252 Accounts nehmen stetig zu. Frauenhass, Sexismus, Rassismus und extremistische  
253 Ideologien  
sind häufige Ursachen für diese Taten. Unsere Gesellschaft und Demokratie stehen  
folglich  
auch online unter Druck.

254 Mitarbeitende in Sicherheitsbehörden benötigen die nötige Ausbildung, um unsere  
255 Sicherheit

256 auch im digitalen Raum gewährleisten zu können. Mitarbeitende der  
257 Strafverfolgungsbehörden  
258 müssen entsprechend weitergebildet und sensibilisiert werden und es braucht eine  
259 Stärkung  
260 und engere Kooperation mit Betroffenenorganisationen wie zum Beispiel HateAid.  
261 Außerdem  
setzen wir uns für eine Anpassung des rechtlichen Rahmens in Bezug auf  
Datenschutz und  
Anerkennung von Hasskriminalität ein. Bereits fehlende Sensibilität beim Erfassen  
von  
Straftaten kann dazu führen, dass politische Motive nicht erkannt werden oder als  
vermeintlich kleine Straftaten abgetan werden.

262 Digitale Gewalt bedroht besonders Frauen und Mädchen, LSBTIQ\*, Schwarze Menschen  
263 und People  
264 of Color. Und auch Journalist\*innen, ehrenamtlich politisch Aktive und  
Aktivist\*innen  
geraten zunehmend unter Druck.

265 Diese digitale Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es eine  
266 Modernisierung  
267 der Strafverfolgung zum Beispiel über den Ausbau der Möglichkeit zur digitalen  
268 Anzeige, den  
269 Aufbau einer Anlaufstelle, die nach dem erfolgreichen hessischen Vorbild "Hessen  
gegen  
Hetze" als Kompetenzzentrum und Koordinationsstelle dienen soll, sowie  
Schwerpunktstaatsanwaltschaften.

270 Darüber hinaus braucht es eine Strategie gegen Desinformation. Irreführende,  
271 falsche und  
272 manipulative Informationen, Bilder und Videos sollen Menschen mit ihrer  
273 Wahrnehmung und  
274 Haltung und damit die öffentliche Meinung beeinflussen. Gerade mit den  
gewachsenen  
Möglichkeiten durch Künstliche Intelligenz stellt das eine massive Gefährdung für  
unsere  
Demokratie dar - insbesondere, wenn Wahlen so beeinflusst werden.

275 Fake News destabilisieren das Fundament der Demokratie. Ihnen müssen wir  
276 entgegenwirken,  
277 denn nur, wenn Bürger\*innen sich unabhängig informieren können, können sie freie  
278 Entscheidungen zum Beispiel im Rahmen demokratischer Wahlen treffen. Algorithmen  
279 müssen  
transparent sein, damit die Sichtbarkeit von Inhalten und die öffentliche  
Meinungsbildung

nicht künstlich manipuliert wird.

280 Social Media Anbieter tragen hier eine hohe Verantwortung. Sie müssen  
281 verpflichtet werden,  
282 stärker tätig zu werden, wenn Hass und Hetze oder Falschinformationen auf ihren  
283 Plattformen  
284 verbreitet werden. Und es muss nachvollziehbar sein, wer auf diesen Netzwerken  
285 unterwegs  
ist; für jede Onlinebestellung gelten strengere Anforderungen an Integrität und  
Authentizität als für Social Media Plattformen. Deshalb braucht es hier höhere  
Standards und  
bindende Regelungen für die großen Tech-Unternehmen in diesem Feld.

286 Wir fordern vom Senat massive Investitionen in digitale Aufklärung und  
287 Medienkompetenz sowie  
288 Verzahnung und Förderung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen,  
289 Technologieunternehmen  
290 und Zivilgesellschaft, um Missbrauch über Bots so kleinteilig zu kontrollieren,  
291 wie er  
292 auftritt. Sowohl im schulischen als auch im außerschulischen Kontext muss  
293 Medienbildung eine  
294 größere Rolle spielen - nur wenn junge Menschen früh lernen, Fake News und  
295 Desinformation zu  
296 erkennen, können sie als mündige Bürger\*innen in der Demokratie freie  
Entscheidungen  
treffen. Für die Entwicklung und Implementierung von KI-Systemen, die Bots  
erkennen und  
bekämpfen, ist ein gezieltes Berliner Technologieförderprogramm notwendig. Der  
Senat muss  
eine kontinuierliche Revision und Anpassung der Gesetze auf allen Ebenen  
sicherstellen, um  
mit Technologie und Taktik der Manipulation Schritt zu halten und ihr besser  
vorbeugen zu  
können.

297 Die Bedrohung durch Cyberangriffe und Cybercrime wächst - sowohl durch Kriminelle  
298 als auch  
299 durch ausländische staatliche Akteure wie beispielsweise Russland. Der Berliner  
300 Senat muss  
301 die Integrität der digitalen Infrastruktur sicherstellen. Angriffe von Hackern  
302 auf  
303 öffentliche und private IT-Systeme müssen abgewehrt werden; die Daten der  
304 Bürger\*innen  
305 müssen geschützt bleiben. Für das Worst Case Szenario eines erfolgreichen  
306 Cyberangriffs gilt  
307 es vorbereitet zu sein. Die Maxime ist, mutmaßliche Angriffe so schnell wie

308 möglich zu  
309 erkennen, den Schaden so gering wie möglich zu halten und eine möglichst kurze  
310 Wiederanlaufzeit der Systeme zu haben. Hierzu gehört, dass alle Berliner Behörden  
311 entsprechende Vorbereitungsmaßnahmen treffen und gängige IT-Sicherheits-Standards  
312 einhalten.  
313 Zudem sollen Cybersicherheitsübungen etabliert werden. Dabei hat der Schutz der  
Bürger\*innen  
höchste Priorität. Für die Verwaltung und besonders die kritische Infrastruktur  
(KRITIS) ist  
die Bedrohung besonders groß: die erhebliche Reichweite und Auswirkung eines  
Angriffs machen  
sie zu einem besonders lohnenden Ziel und gleichzeitig sind die IT-Strukturen der  
Verwaltung  
in einem unzeitgemäßen Zustand. Es drohen der Verlust von sensiblen, persönlichen  
Daten,  
Identitätsdiebstähle, Spionage und der Zusammenbruch von Dienstleistungen. Damit  
droht nicht  
zuletzt auch ein massiver Vertrauensverlust der Bürger\*innen in die Verwaltung  
und damit in  
den Staat und den staatlichen Schutz.

### 314 **Pressefreiheit stärken und den ÖRR schützen**

315 Nicht nur online steht die freie Presse unter Druck. Übergriffe auf  
316 Journalist\*innen haben  
317 in den vergangenen Jahren zugenommen - wer von Querdenker\*innen-Demos während der  
318 Coronazeit  
319 berichtet hat, musste damit rechnen, beleidigt oder gar körperlich attackiert zu  
320 werden.  
321 Diese Übergriffe sind eine ernsthafte Gefahr für unabhängige Berichterstattung  
322 und insgesamt  
323 für eine unabhängige Presse - und damit für unsere Demokratie; denn Demokratie  
lebt von  
unterschiedlichen Meinungen und einer freien Presse, die darüber berichtet, damit  
Bürger\*innen eine informierte Entscheidung treffen können. Deutschland ist  
aufgrund dieser  
Entwicklung im internationalen Pressefreiheit-Ranking von Reporter ohne Grenzen  
auf Platz 21  
abgerutscht. Nach Sachsen war Berlin das Bundesland, das am zweitstärksten  
betroffen war.

324 Diese Entwicklung nehmen wir nicht hin. Pressevertreter\*innen müssen frei und  
325 unabhängig  
326 ihren Job machen können. Übergriffe auf Demos müssen genauso konsequent bekämpft  
werden wie  
digitale Gewalt gegen Journalist\*innen!

327 Zum Schutz der Unabhängigkeit des Journalismus gehört auch der Schutz des  
328 öffentlich-  
329 rechtlichen Rundfunks. Auch dieser steht zunehmend unter Druck von rechts außen.  
330 Um ihn  
besser zu schützen, sollte der Medienstaatsvertrag durch eine Zustimmungspflicht  
des  
Abgeordnetenhauses auch bei Kündigung von Staatsverträgen zusätzlich abgesichert  
werden.

### 331 **Vertrauen in die Demokratie stärken, Bildung und Prävention ausbauen**

332 Politische Bildung spielt eine essenzielle Rolle dabei, das Vertrauen in die  
333 demokratischen  
334 Institutionen zu stärken. Dabei geht es nicht nur um Politik als eigenständiges  
335 Schulfach,  
336 sondern auch darum, wie Schüler\*innen bereits im Schulkontext Demokratie erleben.  
337 Schüler\*innenvertretungen, die vom Lehrkörper ernst genommen werden, ein Begegnen  
338 auf  
339 Augenhöhe und echte Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule, die  
340 Selbstwirksamkeit  
341 erfahren lassen, sind dabei von unschätzbarem Wert. Beteiligungskonzepte sollten  
342 in allen  
Berliner Kitas konsequent umgesetzt werden; das hierfür notwendige Fachpersonal  
muss zeitnah  
ausgebildet, der Kind-Fachkraft-Schlüssel entsprechend angepasst werden. Denn  
wenn Kinder  
frühzeitig lernen, dass die eigene Stimme etwas zählt, sind sie später weniger  
anfällig für  
autokratische Strukturen und werden zu mündigen Bürger\*innen, die die Demokratie  
wertschätzen.

343 Die Landeszentrale für politische Bildung muss gestärkt werden, um ihrem  
344 Bildungsauftrag  
345 auch weiterhin gerecht werden zu können. Besonders für den Bereich der  
346 Erwachsenen- und  
außerschulischen Bildung braucht es noch mehr Materialien und Konzepte, um auch  
die Menschen  
zu erreichen, die nicht mehr zur Schule gehen.

347 Generell gilt es, alle direktdemokratischen Instrumente und den Einfluss der  
348 Zivilgesellschaft zu stärken und so deutlich zu machen, dass jede Stimme zählt.  
349 Dabei ist  
350 aber entscheidend, dass die richtigen Instrumente zur richtigen Zeit eingesetzt  
351 werden. Ein  
352 Ja-Nein-Volksentscheid macht dann Sinne, wenn es in einem abgesteckten Rahmen  
353

354 etwas zu  
355 entscheiden gibt, Bürger\*innenräte können bei grundsätzlichen Problemen komplexe  
356 Lösungen  
erarbeiten. Genauso dürfen Menschen- und Minderheitenrechte niemals Gegenstand  
einer  
Mehrheitsabstimmung sein. Einen Volksentscheid von oben lehnen wir ab, da er von  
der  
Regierung vor allem genutzt werden kann, um mit suggestiven und sehr offenen  
Fragen ihren  
Handlungsspielraum zu vergrößern, statt wirklichen Einfluss zu ermöglichen.  
Stattdessen  
sprechen wir uns für niedrigere Quoren für Widerspruchsvolksentscheide aus.

### 357 **Demokratie braucht Feminismus**

358 Die Rechte von Frauen, inter, nicht-binären, trans\* und agender Personen (FINTA)  
359 sind ein  
360 Gradmesser der Demokratie, denn autokratische und diktatorische Regime  
361 unterdrücken FINTA-  
362 Rechte systematisch. Intersektionaler Queerfeminismus steht für Gerechtigkeit und  
363 wo FINTA-  
364 Rechte durchgesetzt werden, nutzt das der gesamten Gesellschaft und trägt zu mehr  
365 Gleichberechtigung nicht nur zwischen den Geschlechtern bei. Deshalb setzen wir  
366 uns  
367 strukturell für mehr Gleichberechtigung ein: wir unterstützen die Arbeit der  
Gleichstellungsbeauftragten und der Organisationen, die sich für Gleichstellung  
einsetzen.  
Wo FINTA selbstbestimmt leben, stärkt dies die Demokratie. Dazu gehört auch das  
Recht, über  
den eigenen Körper frei zu entscheiden. Das Recht auf Abtreibung gehört hier  
genauso dazu,  
wie die Entscheidung über die geschlechtliche Identität selbstbestimmt treffen zu  
können.

368 Wir begrüßen den Vorstoß der Unabhängigen Beauftragten für Antidiskriminierung  
369 des Bundes,  
370 Ferda Ataman, zur Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf  
371 Bundesebene –  
es ist höchste Zeit, dass sexuelle Belästigung nach dem AGG auch im Zivilrecht  
verboten wird  
und etwa sexuelle Belästigungen im Fitness-Studio berücksichtigt werden.

372 Antifeminismus ist der gemeinsame Nenner und eine der tragenden Säulen des  
373 Rechtsextremismus. Er schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und untergräbt  
374 die



375 Demokratie. Es ist deshalb keine Überraschung, dass rechtsextreme Gruppen  
376 Antifeminismus  
377 gezielt verbreiten und ihn als Einflugschneise für autoritäre Ideologien nutzen.  
378 Dabei geht  
379 es vor allem um die Vorstellung, dass in einer sogenannten 'natürlichen Ordnung'  
380 einer  
binärgeschlechtlichen Welt Frauen Männern untergeordnet seien. Erschreckend ist,  
wie weit  
inzwischen antifeministische Einstellungen verbreitet sind und auf sozialen  
Netzwerken wie  
Tiktok an Reichweite gewinnen. Dem stellen wir uns klar entgegen – der Kampf für  
FINTA-  
Rechte ist der Kampf für unsere Demokratie!

### 381 **Aufarbeitung und Erinnerungsarbeit stärken**

382 Wir haben in Deutschland mehrfach erlebt, was passiert, wenn rassistische  
383 Denkmuster nicht  
384 rechtzeitig erkannt werden oder wenn Menschen sich immer weiter radikalisieren.  
385 Die Morde  
386 des NSU, die Anschläge von Halle oder Hanau sind mit die schlimmsten, aber nicht  
387 die  
388 einzigen Beispiele dafür. Die Erinnerung an die Menschen, die von Rassist\*innen  
389 und  
390 Antisemit\*innen ermordet wurden, wach zu halten, ist unser aller Aufgabe. Wir  
391 sind als Staat  
392 und als Bürger\*innen dazu verpflichtet, diese Taten und den Umgang der  
393 Ermittlungsbehörden  
und der Öffentlichkeit damit aufzuarbeiten und Konsequenzen zu ziehen.  
Historisches Unrecht  
müssen wir überdies nachhaltig kritisch erinnern. Erinnerungs- und Gedenkstätten  
sowie  
Museen, die sich mit den Gräueln des NS-Terrors auseinandersetzen, historische  
und  
antifaschistische Bildungsarbeit leisten, wollen wir stärken. Erinnerungsarbeit  
bedeutet in  
Berlin zudem, die Spuren der diversen Stadtgesellschaft in den Museen und im  
öffentlichen  
Raum abzubilden und die Stadtgeschichte multiperspektivisch und transnational zu  
erzählen.

394 Das von uns initiierte gesamtstädtische Konzept für die Aufarbeitung und  
395 Erinnerung der  
396 deutschen Kolonialvergangenheit ist ein Meilenstein und muss fortgeführt und  
397 verstetigt  
398 werden. Der Prozess der Dekolonisierung ist auch ein Prozess zur Bekämpfung von

Rassismus

heute. Er kann dabei nur im engen Dialog mit den postmigrantisch-diasporischen Communitys

und den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien gelingen.

### 399 **Antidiskriminierungsstrukturen neu aufsetzen**

400 Von 2016 bis 2023 war Berlin mit der rot-grün-roten Koalition bundesweit

401 Vorreiterin für

402 eine progressive Antidiskriminierungspolitik. Das

403 Landesantidiskriminierungsgesetz und das

404 Landesprogramm Diversity sind dafür die bekanntesten Beispiele, die auch

405 deutschlandweit

eine Vorbildfunktion entwickelt haben. Diese Vorbildfunktion droht nun unter Schwarz-Rot

verspielt zu werden. Dagegen stemmen wir uns mit aller Kraft - gemeinsam mit der Zivilgesellschaft!

406 Stärkung der Demokratie bedeutet nicht nur, sich gegen rechtsextreme Tendenzen zu  
407 stellen,

408 sondern die offene Gesellschaft für alle Menschen zu verteidigen, Diskriminierung  
409 aktiv zu

410 bekämpfen und Diversität zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Berlin eine  
411 gesamtgesellschaftliche Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie entwickelt

412 – unter

413 konsequenter Einbindung von Wissenschaft und den zivilgesellschaftlichen

414 Akteur\*innen. Dabei

415 müssen alle Formen von Diskriminierung – insbesondere in ihren institutionellen  
416 und

417 strukturellen Dimensionen – Berücksichtigung finden. Gesellschaftliche  
Handlungsfelder und

Institutionen sind kritisch zu analysieren und jeweils darauf bezogene  
Antidiskriminierungs-

und Diversitätsmaßnahmen mit konkreten Bearbeitungs- und Umsetzungsempfehlungen  
(weiter) zu

entwickeln. Ausgangspunkt hierfür muss dabei das bestehende

zivilgesellschaftliche Wissen

und die bestehende zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Diskriminierung sein.

Dabei ist

unsere Antidiskriminierungspolitik immer queerfeministisch und intersektional.

418 Für die Umsetzung der Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategie braucht es  
419 auf Landes-

420 wie Bezirksebene klare Zuständigkeiten in überfachlicher Verantwortung und

421 Zusammenarbeit,

422 die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und Finanzmittel und in der  
Begleitung und  
423 Evaluation ein unabhängiges Expert\*innen-Monitoring. Auch in Zeiten knapper  
424 Kassen muss  
425 gelten: Maßnahmen gegen Diskriminierung und Ungleichbehandlung haben hohe  
426 Priorität!

423 Zentral für eine Berliner Gesamtstrategie werden weiterhin das  
424 Landesantidiskriminierungsgesetz und das Landesprogramm Diversity sein. Beides  
425 sind  
426 Erfolgsgeschichten aus grüner Feder. Wir wollen eine Evaluation und  
427 Weiterentwicklung, damit  
428 sie noch breiter Anwendung finden. Beim Landesantidiskriminierungsgesetz wollen  
429 wir den  
430 Schutzkreis durch die Aufnahme weiterer Diskriminierungsmerkmale erweitern und es  
431 verbindlicher für die landeseigenen Unternehmen zur Anwendung bringen. Maßnahmen  
432 des  
433 Landesprogramm Diversity – wie die Einführung positiver Maßnahmen zur Bekämpfung  
von  
Ungleichbehandlung – wollen wir eine gesetzliche Grundlage geben. Die LADG-  
Ombudsstelle muss  
endlich personell gestärkt werden. Wir wollen, dass sie auch in der personellen  
Ausstattung  
als eigene Behörde nach dem Vorbild der Datenschutz- oder des Polizeibeauftragten  
aufgestellt wird.

434 Wir stellen uns entschieden gegen jeden Antisemitismus, gegen alle Formen von  
435 Rassismus und  
436 Diskriminierung. Im Kampf gegen Diskriminierung gibt es weniger ein Erkenntnis-  
437 als ein  
438 Umsetzungsproblem. Wir wollen, dass das noch in der vergangenen Wahlperiode  
439 beschlossene  
440 „Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention“  
441 konsequent für  
442 alle Bereiche angewandt wird – und wo Schutzlücken bestehen, diese konzeptionell  
443 geschlossen  
444 werden. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Bildung und Schule, Hochschule  
445 sowie  
446 Opferschutz und Prävention. Hier braucht es verlässliche Strukturen gegen  
447 Diskriminierung,  
448 die Antisemitismus besonders berücksichtigen. Die schwarz-rote Koalition verliert  
449 sich hier  
450 in Symboldebatten, statt die grundsätzliche Arbeit gegen Antisemitismus zu  
451 stärken und  
452 auszubauen. Trotz vollmundiger Ankündigungen hat die Koalition die  
453 zivilgesellschaftlichen

Beratungs-, Anlauf- und Präventionsprojekte gegen Antisemitismus bislang im Regen stehen

lassen. Seit dem 7. Oktober 2023 leisten sie noch einmal vermehrt Beratung und Aufklärungsarbeit an Schulen oder beraten für von Antisemitismus Betroffene als Anlaufstellen, oftmals mit immensen Überstunden oder sogar unbezahlt. Sie benötigen dringend eine Aufstockung ihrer Förderung, damit die erhebliche Mehrarbeit unterstützt und gewürdigt

wird. Das Beratungs- und Empowerment-Angebot wollen wir im engen Austausch mit der

Zivilgesellschaft weiterentwickeln. Dabei nehmen wir insbesondere den Umgang mit sozialer

Ausgrenzung, Klassismus und Diskriminierung im digitalen Kontext, etwa im Zuge des Einsatzes

von Algorithmen und Künstlicher Intelligenz, in den Blick und begegnen auch den (psycho-

)sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen von Diskriminierung systematisch.

454 Bestimmte Formen der Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen haben bislang  
455 zu wenig

456 Aufmerksamkeit erfahren. Hier wollen wir Erkenntnislücken durch Studien und den  
457 Berlin

458 Monitor schließen – und zivilgesellschaftliche Empowerment- und  
459 Beratungsstrukturen

460 einrichten. Dazu gehören asiatisch gelesene Menschen oder bisexuelle  
461 Berliner\*innen. Hinzu

462 kommen Programme, die besonders marginalisierte Gruppen stärken, wie der  
463 Aktionsplan zur

464 Einbeziehung ausländischer Rom\*nja oder die Initiative geschlechtliche und  
465 sexuelle Vielfalt

(IGSV). Wir erwarten vom Senat auch ein stärkeres und entschiedeneres Handeln gegen

Rassismus. Dazu fordern wir die zeitnahe Einsetzung eine\*r Beauftragten gegen Antiziganismus

sowie die Schaffung der Stelle einer\*eines Beauftragten gegen antimuslimischen sowie gegen

anti-Schwarzen Rassismus. Außerdem fordern wir die zeitnahe und senatsübergreifend

koordinierte Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Expert\*innenkommission Antimuslimischer

Rassismus, wie z.B. die Abschaffung des Neutralitätsgesetzes.

466 Wir wollen die Antidiskriminierungsarbeit stärker horizontal ausrichten und  
467 intersektional

468 um neue gesellschaftliche Handlungsfelder erweitern. Mit der Fachstelle gegen  
469 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt „FairMieten – FairWohnen“ haben wir

470 Bündnisgrüne dafür  
471 in der letzten Wahlperiode ein Modellprojekt etabliert. Eine entsprechende  
472 Forschungs-,  
473 Dokumentations- und Beratungsstelle fordern wir nun auch für den Gesundheits- und  
Pflegebereich, für den Hochschul- und Wissenschaftsbereich und für den Bereich  
der KI-  
Anwendungen ein. Zudem muss endlich die zivilgesellschaftliche Forderung nach  
Einrichtung  
einer „Unabhängigen Beschwerdestelle gegen Diskriminierung an Schule“ (UBS)  
erfüllt werden.

474 Die Ziele der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ müssen auch über  
475 2024 hinaus  
476 verstetigt und umgesetzt werden. Wir fordern die Verlängerung des  
477 Umsetzungszeitraums dieser  
478 Dekade, die aufgrund von coronabedingten Einschränkungen nicht vollends  
479 ausgeschöpft wurde.  
Der Maßnahmenplan aus dem zivilgesellschaftlich getragenen Konsultationsprozess,  
insbesondere die Einrichtung eines Studiengangs Black European Intersectional  
Studies, muss  
umgesetzt werden.

### 480 **Die Verteidigung der Demokratie: eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft!**

481 Wir wissen, um unser aller Demokratie zu verteidigen, braucht es ein Bündel von  
482 Maßnahmen.  
483 Jede\*r von uns steht in der Pflicht, sich für unsere freiheitlich-demokratische  
484 Grundordnung  
485 einzusetzen: auf der Straße, am Arbeitsplatz, in der Schule, im Sportverein –  
486 aber auch in  
der Politik und der Verwaltung. Berlin ist eine weltoffene Stadt, die von der  
Vielfalt der  
Menschen lebt. Wir bekennen sich klar zu dieser Vielfalt und stellen uns  
rechtsextremen  
Strukturen entgegen. Nur ein sicheres Berlin für alle ist ein gerechtes Berlin.